



22. Sept. 2013

Das Kohlekraftwerk in Saline Joniche ist eine Totgeburt

Mariagrazia Midulla, Leiterin Klima und Energie, WWF Italia

Italien braucht das Kohlekraftwerk in Saline Joniche nicht. Wie in diesen Tagen auch in Deutschland geschehen¹, sind viele bereits bestehende Kraftwerke gezwungen den Betrieb still zu legen. Die Gründe sind einerseits die Entwicklung der erneuerbaren Energien, andererseits das Überangebot am Strommarkt. Das Kohlekraftwerk in Saline Joniche ist darum eine Totgeburt.

In Italien beträgt die aktuell installierte Leistung rund 128 GW. Das ist mehr als doppelt so viel, wie die maximale jemals erreichte Verbrauchsspitze (56,82 GW im Jahr 2007). Hinzu kommt, dass die Nachfrage generell im Sinkflug ist. Allein im Jahr 2012 sank die Nachfrage wegen der Wirtschaftskrise und der Energieeffizienz-Massnahmen, die in den privaten Haushalten und im Gewerbe umgesetzt wurden. Betreiber von konventionellen Kraftwerken schreien heute in Italien nach staatlichen Subventionen. Da die Kraftwerke zu wenige Stunden im Jahr im Betrieb sind, können die Betreiber ihre getätigten Investitionen nicht mehr mit ihren Einnahmen decken.

Der Weg ist jedoch ein anderer: Es braucht einen klar definierten Plan für den schrittweisen Ausstieg aus den fossilen Kraftwerken. Basierend auf einem CO₂-Emissions-Standard (engl.: emissions performance standard) müssen in einem ersten Schritt die umweltschädlichsten Kraftwerke – also die Kohlekraftwerke – ausser Betrieb genommen werden, so wie dies in den USA geschieht.

Das Geld der Stromkonsumenten wird in erneuerbare Energien investiert, weil sich diese Investition auszahlt: Der Bericht RAPPORTO IREX 2013 von Althesys² kommt zum Schluss, dass Investitionen in erneuerbare Energien in den Jahren 2008 bis 2030 eine Wertschöpfung von 49 Milliarden Euro in Italien bringen werden. Die Gründe dafür sind die zunehmende Beschäftigung, die Einsparung beim Import von fossilen Energien und die positiven Auswirkungen auf dem Strompreis. Durch Senkung des Strompreises in den Tagesstunden (also dann wenn die Fotovoltaik zum Tragen kommt) konnten allein im Jahr 2012 rund 1,4 Mia. Euro eingespart werden. Im Juli ist ausserdem ein interessanter Bericht von Goldman Sachs unter dem Titel "Das Fenster für Investitionen in Kohlekraftwerke schliesst sich"³ erschienen - eine unverdächtige Quelle und sicherlich keine, die Umweltkreisen nahe steht.

Das Kohlekraftwerk von Saline Joniche wäre für die Schweiz nicht nur eine Fehlinvestition. Das Projekt hätte gravierende Folgen für die Gesundheit der Menschen und das Klima und würde die echten wirtschaftlichen Aktivitäten der betroffenen Region, allen voran die Landwirtschaft, gefährden. Dies ist ganz bestimmt nicht jenes „Schweizer Modell“, das wir uns als Exportgut für Italien vorstellen.

1

¹La RWE ha annunciato la chiusura di centrali per 3.1 GW mentre la E.ON ha dichiarato di aver già ritirato 6,5 GW di capacità e ha in programma di arrivare a 11 GW nel 2015
<http://online.wsj.com/article/SB10001424127887323639704579011951380514322.html>

²<http://qualenergia.it/articoli/20130418-quei-50-miliardi-che-le-rinnovabili-farebbero-guadagnare-a-italia>

³http://thinkprogress.org/wp-content/uploads/2013/08/GS_Rocks_Ores_-_Thermal_Coal_July_2013.pdf

Medienkonferenz 23. August 2013 www.stromohnekohle.ch

Das gemeinsame Ziel in Kalabrien und Graubünden: Sichere und saubere Investitionen in unsere Stromzukunft



22. Sept. 2013

Repower missachtet Gesetze und verachtet die Demokratie

Nuccio Barillà, Legambiente Calabria

In Deutschland wurde Repower gezwungen auf das Zwillingsprojekt zum Kohlekraftwerk Saline Joniche zu verzichten. Bei uns jedoch agiert Repower arrogant und skrupellos. Die Folge: offenkundige Gesetzesverletzungen, schwere Untersuchungsmängel, eine gefährliche, hemmungslose Bewilligungsakrobatik, möglicherweise auch unschöne Allianzen. Diese „unschweizerischen“ und „kohlehaften“ Methoden, haben sich inzwischen zu einem richtigen Skandal entwickelt. Allen voran die nun bereits seit 8 Jahren andauernde Verweigerung jeglicher öffentlicher Auseinandersetzung mit der Opposition.

Da es Repower mit ihrem kolonialistischen Verhalten nicht gelungen ist, die heftige vielfach geäußerte Ablehnung des Kohlekraftwerkes durch die Institutionen und die Gesellschaft vor Ort aus dem Weg zu räumen, versucht sie nun uns alle vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Ein autoritärer Gewaltakt

Die Bewilligung der Umweltverträglichkeit für das Kohlekraftwerk ist ein autoritärer Gewaltakt, welcher Gesetze mit Füßen tritt. Nach dieser Regierungsentscheidung hagelte es Rekurse, welche im November vom Verwaltungsgericht behandelt werden. Mit dieser Entscheidung hat die Regierung vor allem die Ablehnung des Kraftwerks durch die Region Kalabrien ignoriert. Die Entscheidungsautonomie der Region bei solchen Projekten, welche gesetzlich und verfassungsrechtlich verankert ist, wurde damit verletzt. Vor kurzem hat das Verfassungsgericht deutlich festgehalten, dass eine klare Einigung mit der Region zwingend nötig ist. Unberücksichtigt bei der Entscheidung der Regierung blieben auch die Ablehnung des Kraftwerks durch das Ministerium für Kulturgüter und Tourismus, sowie die Einwände des Rechnungshofs. Dieser hatte sich geweigert, den Entscheid des Ministerrates zu registrieren und schickte diesen zurück an den Absender. Der Rechnungshof äusserte Bedenken zum Bewilligungsverfahren und zur Umsetzung der Gesetze.

Die Widersprüche der Repower und das unhaltbare Verhalten der Bündner Regierung

Während Repower sich in der Schweiz als Stromunternehmen präsentiert, das saubere Energien fördert, versucht sie mit allen Mitteln den Kalabresen ein Kohlekraftwerk aufzuzwingen. Gleichzeitig erklärt sie, dass sie ein solches Kraftwerk zu Hause nie bauen würde. Dies ist ein zusätzlicher Affront gegen die Demokratie, ein krasser Widerspruch, ein Riesenfleck im „grünen“ Image, das Repower sich selber gibt. Mit diesem Verhalten verliert auch die Schweiz ihre Glaubwürdigkeit, weil sie die eigene konsequente Energiepolitik, welche den Klimaschutz zum Ziel hat, aber auch das Prinzip der regionalen Autonomie, demontiert.

Wir sind sehr überrascht und enttäuscht, dass die Bündner Regierung als einflussreicher Aktionär der Repower, trotz allem unbeeindruckt bleibt. Vielmehr „deckt“ sie dieses Vorgehen noch, indem sie erklärt, dass Repower sich gemäss geltender Gesetze in Italien verhält.

Deshalb hoffen wir sehr, dass die Stimmbürger und –bürgerinnen in Graubünden, uns mit ihrer Stimme am 22. September unterstützen und das umweltschädliche Projekt für ein Kohlekraftwerk ein für alle Mal stoppen – ein Projekt, das vor allem uns Kalabreser schadet und weder die Schweiz noch das Unternehmen Repower auszeichnet.

Wenn dank dem Verantwortungsbewusstsein und Demokratieverständnis der Bündner Bevölkerung am 22. September zu einer Entscheidung gegen das Kraftwerk kommt, könnte man die Investition in ein Kohlekraftwerk stoppen und allenfalls auf dem gekauften Grundstück in etwas anderes investieren.



22. Sept. 2013

Das Kohlekraftwerk sei modern und umweltverträglich

Repower versucht das Projekt als modern und sogar umweltverträglich zu verkaufen. In Tat und Wahrheit ist es anders. Aber auch selbst die angeblich „moderne“ Technik führt der Atmosphäre jährlich zusätzlich 7,6 Mio. Tonnen CO₂ zu. Der Ausstoss an Schadstoffen wird – wenn überhaupt – nur minimal reduziert: Das Kohlekraftwerk emittiert einen tödlichen Cocktail von 67 Schadstoffen. So hätte das Kohlekraftwerk schwerwiegende Auswirkungen auf das Gebiet der Ionischen Küste und die Gesundheit der Einwohner.

Die Nachrüstung mit der CCS-Technologie wird von der EU zwingend verlangt. Dank dieser Technologie soll CO₂ abgesondert und im Boden gelagert werden. Bezüglich dieser Technologie verbreitet Repower bewusst Unwahrheiten. Tatsächlich handelt es sich hier nicht nur um eine unanwendbare Technologie, weil sie heute und in naher Zukunft noch in einer experimentellen Phase ist, unausgereift und völlig unwirtschaftlich. In Saline ist diese Technik zudem gar nicht anwendbar, weil diese in der stark erdbebengefährdeten Zone gesetzlich ausgeschlossen ist. Zudem fehlen auch Lösungen für den Abtransport des produzierten Stroms, da die geplante 100 Kilometer lange Stromleitung nicht weniger als 18 Schutzgebiete tangiert und damit extrem konfliktreich ist. Auf Grund der Faktenlage kann das Kohlekraftwerk in Saline ohne Gesetzesverletzungen und schweren Eingriffen nicht gebaut werden. Auch die Technologie kann hier nicht weiterhelfen.

Nicht generell gegen Investitionen, aber gegen diese Investition

Ich möchte betonen, dass Kalabrien nicht gegen Investitionen Schweizer Unternehmen in unserer Region ist. Wir lehnen aber solche schädlichen Investitionen ab.

Bringen wir Repower zur Vernunft, damit sie den verlorenen Faden mit der Demokratie und Kalabrien wieder aufnehmen kann.

Die Region Kalabrien hat das Kohlekraftwerk auf der Grundlage von bereits in Kraft stehenden Beschlüssen mit der Regierung stets entschieden abgelehnt. Unter anderem auf Grund des Regionalen Energieplans von 2005, welcher bei der letzten Anpassung im 2009 bestätigt wurde. Der Energieplan schliesst ausdrücklich die Nutzung von Kohle aus und hat sich den Ersatz von fossilen Energien mit erneuerbaren Energien, die drastische Reduktion des CO₂-Ausstosses und Energiesparmassnahmen zum Ziel gesetzt. Dieser Weg wurde im Einklang mit Massnahmen zur Förderung des Tourismus und der Inwertsetzung der lokalen Ressourcen, insbesondere der weltweit einzigartigen Bergamotte-Produktion, gewählt. Die Bergamotte, ein wertvoller Bestandteil der Biodiversität, reagiert extrem empfindlich auf klimatische Veränderungen und umweltschädliche Stoffen.

Kohle und Tourismus

Der Entscheid Kalabriens, in der Area grecanica auf den Tourismus zu setzen, ist mit einem Kohlekraftwerk in der Region nicht vereinbar. Sogar das Umweltministerium, welches das Repower-Projekt wohlwollend geprüft hat, hat in diesem Punkt der Repower widersprochen. Die Behauptung der Repower, dass das Kohlekraftwerk das touristische Kapital der Region nicht einschränke, ja sogar eine Chance und ein Motor sei für eine landschaftliche und touristische Aufwertung, stimme nicht, ganz im Gegenteil.



22. Sept. 2013

Ja zur Initiative – für eine starke, in der Bevölkerung verankerte Repower!

Jon Pult, Grossrat und Präsident SP Graubünden

Repower ist nicht irgendein Unternehmen. Der Bündner Konzern mit Hauptsitz in Poschiavo ist vielmehr eine zentrale wirtschafts- und strukturpolitische Errungenschaft Graubündens und ein wichtiges energiepolitisches Instrument unseres Kantons.

Als einzige Bündner Stromunternehmung ist Repower entlang der gesamten Wertschöpfungskette tätig (Produktion, Übertragung, Verteilung und Handel). So schafft sie direkt hunderte Arbeitsplätze in ganz Graubünden und vergibt ein grosses Auftragsvolumen an das lokale Gewerbe unserer strukturschwächeren Regionen. Zudem fliessen dank dem Puschlaver Konzern viele Steuern, Abgaben und Dividenden an den Kanton sowie an die Konzessionsgemeinden zurück.

Fazit: Repower ist sehr wichtig für Graubünden. Wir alle schätzen Repower. Wir alle wollen eine starke Repower. Denn Repower ist stark in der Bevölkerung verankert – sie gehört ihr nämlich!

Die Mehrheit dieser wichtigen Unternehmung gehört zu Recht dem Bündner Volk. Darum ist es auch keine ungebührliche Einmischung in die Unternehmensführung, wenn die Bündnerinnen und Bündner bei der Grundausrichtung *ihrer* Repower mitentscheiden wollen. Im Gegenteil, das ist nur folgerichtig. Dank der Initiative „Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“ können und werden sie dies tun.

Es geht nämlich um eine strategische Fragestellung: Soll Repower hunderte von Millionen für Investitionen in die dreckigste aller Stromerzeugungsarten in Süditalien riskieren? Oder soll sich Repower auf saubere und sichere Investitionen in Graubünden konzentrieren?

Wir empfehlen und meinen, dass sich Graubünden – im Interesse der Bündner Wirtschaft und einer zukunftsgerichteten Repower! – für den zweiten Weg entscheiden sollte. Jürg Kappeler hat Beispiele konkreter Chancen aufgezeigt. Weiter weise ich sie auf die Haltung von 24 Schweizer Ökonomen und anderer Wissenschaftler hin, die bereits im Jahr 2011 genauso wie die unverdächtige Denkfabrik der Wirtschaft „Avenir Suisse“ bezweifelt haben, dass sich Investitionen in Kohlekraftwerke betriebswirtschaftlich lohnen würden (Offener Brief beigelegt). Mittlerweile lehnen auch die „Weltbank“, die „Europäische Investitionsbank“ und die „Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ Investitionen in Kohle prinzipiell ab. Und die Forschungsabteilung der amerikanischen Grossbank „Goldmann Sachs“ schreibt in einem Bulletin vom Juli 2013 wörtlich: „*The window for thermal coal investment is closing.*“

Repower gehört mehrheitlich dem Kanton Graubünden und ist in Grundsatzfragen darum unserer Demokratie und unserem Föderalismus verpflichtet. Aus diesem Grund müsste die Bündner Regierung dafür sorgen, dass Repower auch im Ausland die Werte von Demokratie und Föderalismus achtet. Doch leider hat die Regierung diese Verantwortung bisher nicht wahrgenommen. Und dies trotz klarer Faktenlage:

- Das Parlament der Region Kalabrien – institutionell vergleichbar mit dem Bündner Grossen Rat – hat sich mehrmals und mit überdeutlichem Mehr gegen das Kohlekraftwerk in Saline Joniche ausgesprochen.



22. Sept. 2013

- Die Provinz Reggio Calabria hat sich auch klar gegen das Kohlekraftwerk ausgesprochen.
- Die Mehrheit der Standortgemeinden des Kohleprojektes hat sich ebenfalls gegen das Projekt ausgesprochen.
- Eine repräsentative Umfrage zeigt auf, dass die grosse Mehrheit der Bevölkerung in Kalabrien gegen das Projekt für ein Kohlekraftwerk in Saline ist.

Wie kann die Bündner Regierung angesichts dieser Fakten einfach wegschauen? Nur schon aus Respekt vor dem Willen der demokratischen und föderalen Institutionen Kalabriens hätte die Bündner Regierung das Projekt in Saline Joniche längst stoppen müssen. Oder wie würde sie reagieren, wenn ein Unternehmen im Besitz eines ausländischen Gliedstaates gegen den Willen Graubündens z. B. auf dem Sägereiareal in Domat/Ems ein Kohlekraftwerk planen würde?

Doch die Regierung scheinen lokale Demokratie und Föderalismus wenig zu kümmern. Darum wird jetzt das Bündner Volk entscheiden. Das ist eine Chance. Für Graubünden und für die Repower. Für Graubünden, weil mit der Annahme der Initiative Mittel für saubere Investitionen vor Ort frei würden. Für die Repower, weil das Unternehmen so die Möglichkeit erhält, noch stärker in der Bevölkerung – bei ihren Eigentümerinnen und Eigentümern – verankert und geschätzt zu sein. Ausserdem kann sie so national und international einen Imagegewinn verzeichnen!

Ein Ja zu sauberem Strom ohne Kohle ist darum das Gegenteil einer Gefahr für Repower und die Bündner Wirtschaft. Es ist vielmehr eine klassische Win-Win-Situation für den Betrieb und für seinen Mehrheitsaktionär. Und als Bevölkerung des Standes Graubünden erhalten wir dank der Initiative die Möglichkeit, für unsere Werte der Demokratie und des Föderalismus, auch über die Landesgrenzen hinaus, einzustehen.



22. Sept. 2013

Saline Joniche – für Bündner Arbeitsplätze die falsche Strategie

Jürg Kappeler, Parteipräsident und Grossrat Grünliberale Graubünden

Die Projektgesellschaft SEI S.p.A., bei der Repower zur Zeit Mehrheitsaktionärin ist, plant in Saline Joniche ein Kohlekraftwerk. Das Werk mit einer geplanten Leistung von 1'320 MW soll gemäss Angaben von Repower ca. 1.5 Mia. Euro kosten. Durch den Einsatz von über 1 Mio. Tonnen Kohle sollen jährlich 10'000 GWh Elektrizität produziert werden, wobei 7.5 Mio. Tonnen CO₂ in die Umwelt emittiert werden. Bei optimalen Randbedingungen verspricht sich die Projektgesellschaft satte Gewinne, allerdings ist das finanzielle Risiko immens. Repower plant ihre Beteiligung spätestens auf den Zeitpunkt der Baubewilligung auf 20% zu reduzieren. Durch das Kohlekraftwerk in Saline Joniche werden in Graubünden kaum neue Arbeitsplätze geschaffen (allenfalls im Handel, aber weniger als 10 VZE).

Aus Sicht der Initianten der Initiative „Sauberer Strom ohne Kohle“ ist der Bau des Kohlekraftwerks in Saline Joniche aus verschiedenen, bereits vielfach erläuterten Gründen, nicht zu verantworten. Denn es gibt auch eine alternative Investitionsmöglichkeit, beispielsweise in Erneuerbare Energien in Graubünden.

Mit dem Repower-Anteil von 300 Mio. Euro könnten beispielsweise Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von über 125'000 kWp auf Bündner Dächer installiert resp. mehr als 125 GWh Strom jährlich produziert werden. Da rund 40% der Investitionskosten von auf Dächern installierten Photovoltaikanlagen für Planung, Montage und Elektroinstallationen aufgewendet werden, ist die Beschäftigungswirkung in Graubünden immens. Wenn diese Photovoltaikanlagen während 10 Jahren auf Bündner Dächern installiert werden, werden dadurch in dieser Periode zusätzlich 150 Stellen geschaffen. Aufgrund des mittelfristig befürchteten Beschäftigungsrückgangs im Baugewerbe infolge der Zweitwohnungsinitiative ist die Umsetzung dieser alternativen Investition in Graubünden geradezu ein Muss.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Engagement von Repower mit 300 Mio. Euro ins Kohlekraftwerk Saline Joniche unter optimalen Bedingungen zwar eine höhere Stromproduktion und auch verlockende Gewinne verspricht, allerdings bei einem äusserst hohen Risiko und einer nicht zu verantwortenden CO₂-Belastung. Der Kanton Graubünden soll dafür sorgen, dass diese finanziellen Mittel in Graubünden eingesetzt werden, und so den befürchteten Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe infolge der Zweitwohnungsinitiative mehr als nur wettmachen.

Ausserdem haben die Haus- und Liegenschaftsbesitzer in den letzten Jahren sehr engagiert in Dämmungen, Heizungssanierungen und alternative Heizungssysteme investiert. Das hat Arbeitsplätze geschaffen und ist die richtige Strategie. Mit diesem Willen ist auch der nächste Schritt zu schaffen: mehr Strom in Graubünden mit neuen erneuerbaren Energiequellen herstellen. Die Initiative „Sauberer Strom ohne Kohlekraft“ bestärkt diesen Weg. Investitionen von Repower in Kohlekraft sind klar ein inhaltlicher Rückschritt, ein demotivierender Schritt zudem für das Gewerbe und die Hausbesitzer.

Deshalb JA zur Initiative „Sauberer Strom ohne Kohlekraft“.